

Jour fixe vom 27.05.2024: Der verspätete deutsche Haushalt: Vom aktuellen Imperialismus deutscher Nation – diesmal als Haushaltsfrage (GS 1-24)

Noch bevor sich der Artikel mit dem aktuellen Streit in Deutschland zur Haushaltsfrage befasst, behauptet er, das Aufstellen eines Haushalts sei *generell* eine ziemlich
5 „unerfreuliche Veranstaltung“ (S. 51,1. Abs.). Wie ist das zu verstehen?

— *Der bürgerliche Staat regiert mit seinem Geld. In seinem Haushalt führt er alles, was er in und mit seiner Gesellschaft vorhat, als Posten auf. Seine hoheitlich festgelegten Aufgaben zur Organisation seiner Gesellschaft versieht er mit Geldmitteln. So legt er mit dem Haushalt fest, wie er seine Gesellschaft organisieren will. Seine Bürger legt er damit auf die*
10 *Bedingungen fest, wie sie in seiner Gesellschaft ihr Fortkommen finden, denn die staatlich festgelegte Zuteilung von Geldmitteln an die Gesellschaft ist umgekehrt eine Verpflichtung darauf, wie die Bürger ihre Interessen in dieser Gesellschaft verfolgen dürfen und können. Am Haushalt drückt sich also das Herrschaftsverhältnis aus.*

— *Was ist daran das „Unerfreuliche“?*

15 — *Über ihren Haushalt legt die Herrschaft mit ihrem Geld und ihrer allumfassenden Aufgabenstellung von „Straßenlaternen bis zu Panzern“ die Art und Weise fest, wie der Bürger sein Interesse in der Gesellschaft verfolgen darf und kann. Diese „Königsdisziplin“ der bürgerlichen Gesellschaft ist ein Herrschafts-instrumentarium.*

— *Die zwei genannten Seiten, dass der Staat den Bürgern mit seinen Geldmitteln einerseits zu etwas „verhilft“ und sie andererseits damit „verpflichtet“ (1. Abs.), geben eine unerfreuliche Auskunft über das Herrschaftsverhältnis: Wenn der Staat den Bürgern dazu verhilft, ihre Interessen verfolgen zu können, ist das eine Aussage über die Art der Interessen, die es offenbar nötig haben, von einer Gewalt reguliert und festgelegt zu werden auf ihre Verlaufsform. „Zum Abgewöhnen“ ist es, dass dieses Verfügen über die*
20 *Lebensbedingungen der Bürger als Streit der Parteien präsentiert wird. Das Verfügen über die Leute über den Zeitraum der Legislaturperiode wird zum Stoff der Profilierung der Parteien gegeneinander. Das wirkt sich aus auf die Art, wie die verschiedenen Abteilungen des Regierens, die verschiedenen Haushaltsressorts besprochen werden.*

— *Ein weiterer Aspekt der Unerfreulichkeit ist, dass mit den einzelnen Posten, die im Haushalt für das nächste Jahr festgelegt sind, eine Verwandlung stattfindet. So werden zum Beispiel Kriegsfragen – in welchem Umfang Deutschland sich an welchem Krieg beteiligt und wie es dabei auch an seine eigene Militarisierung denkt – zu Rechnungsposten. Es geht dann um das Vorhandensein von Geldmitteln in den einzelnen Töpfen, wie sie ordnungsgemäß verteilt werden, wo Kredite aufgenommen werden müssen usw. Das*
25 *Herrschaftsverhältnis drückt sich aus als ein sachliches Verhältnis in Geldgrößen.*

— *„Unerfreulich“ ist die Angelegenheit darüber hinaus auch noch, weil jeder Posten, der einem Interesse zugesprochen wird, auf Kosten eines anderen Interesses geht. Also ergeben sich Unzufriedenheiten und Streit darüber, wie viel Geld welchem Posten zugeteilt wird.*

Bei diesem Streit zwischen den verschiedenen Posten ist es zunächst wichtig festzuhalten,
30 *worum* es beim Aufstellen eines Haushaltes geht, welche Aufgaben sich ein Staat vornimmt, was er an Prioritäten hinsichtlich der Geldzuwendungen an die verschiedenen Ressorts setzt, welches *Herrschaftsprogramm* er exekutieren will. Das umfasst tatsächlich alles, von der Straßenlaterne bis zum Panzer. Thema sind dabei nicht die Interessen derer, die der Herrschaft unterworfen sind. Die kommen dabei lediglich vor als welche, denen *mitgeteilt*
35 *wird*, womit im nächsten Jahr zu rechnen ist: Gibt es mehr Geld für Panzer oder für Straßenprojekte etc.? Das ist die Botschaft des Haushalts an die Untertanen: Es geht um nichts anderes als um die Vorhaben der Herrschaft. Die Form, wie die Herrschaft ihre Untertanen über diese Vorhaben informiert, ist schlicht die Mitteilung, wie viel Geld sie wofür auszugeben gedenkt. Daher sollte man das nicht für eine spannende Sache halten und
40 *sich* dafür interessieren, wem wie viel Geld für welche Aufgabe zugeteilt wird. Das „Unerfreuliche“ erübrigt sich aber nicht allein darin, dass die Herrschaft ihrem geneigten
45 *50*

Volk mitteilt, *was sie sich* für das nächste Jahr vornimmt. Das wertere Publikum wird darüber hinaus mit einer umfassenden Debatte über den Haushalt beglückt, die „zum Abgewöhnen“ ist.

55 — *Zum „Abgewöhnen“ ist diese Debatte, weil hier diejenigen, die von den Folgen des Haushalts betroffen sind, sich diesen Haushalt selber zum Problem machen sollen. Sie machen sich Gedanken um die Ausgaben des Staates, als wäre der staatliche Haushalt so etwas wie ein Privathaushalt, in dem man sich einteilen muss. Das ist der Trugschluss, den jeder machen soll.*

60 Die Betonung liegt hier auf dem *soll*. Das Publikum befasst sich nicht von sich aus damit. Festzuhalten ist die Art und Weise, wie die Regierung sich hier präsentiert und wie sie vom Bürger erwartet, sich mit dieser Haushaltsdebatte zu befassen. Wie thematisiert die Regierung das, was sie praktisch durchsetzt? Wie geht deren Selbstdarstellung?

65 — *Die Regierung zitiert „Lagen“. Im Text werden die drei derzeit entscheidenden angesprochen: Krieg im Osten, Pandemie und Klimawandel. Die Regierung schreibt diesen Lagen einen Aufforderungscharakter zu: Ihre Maßnahmen sollen als Reaktion darauf erforderlich sein. Aber weder der Klimawandel noch der Krieg fordern zu irgendetwas auf. Wie die Regierung auf diese Lagen – an denen sie schließlich nicht unschuldig ist – „reagiert“, hängt davon ab, was sie vorhat und wie sie damit umgehen will.*

70 Die Lüge, damit auf einen bestehenden Sachzwang zu reagieren, wendet die Regierung auf alle ihre Vorhaben und Zwecke an. So werden lauter Problemlagen für die Regierung erfunden, sie stehe vor verschiedensten Notwendigkeiten, denen sie allen nachzukommen hätte und für die sie wie ein Privathaushalt nur begrenzte Mittel hätte. Weswegen sie hart daran arbeiten muss, mit einem gelungenen Haushalt allen Aufgaben gerecht zu werden. So hält sich die Regierung das gelungene Aufstellen eines Haushaltes als eine enorm schwierige und komplexe Aufgabe zu Gute.

Mit dem Verweis auf die jeweilige „Lage“ wird eine Unwidersprechlichkeit der eigenen Regierungsmaßnahmen in Form von Haushaltsposten reklamiert. Die Haushaltsdebatte liegt noch eine Ebene höher. Auf der präsentiert sich die Führung als fähig, alle Aufgaben, die sich ihr stellen, erfolgreich unter einen Hut zu bringen. Der Haushalt ist damit übersetzt in schwierige Herausforderungen für ihre Regierungskunst, die darin besteht, ein Gesamtkunstwerk von Haushalt zu fabrizieren. Wichtiger als die einzelne Maßnahme für irgendeinen Posten ist dabei die Frage, ob die Koalition sich zusammenrauft und Einigkeit demonstriert. Passend zu dieser Ebene der Debatte findet die Opposition reichlich
85 Gelegenheiten zur Kritik: Der Haushalt ist nicht gut zusammengesetzt, geht buchhalterisch nicht in Ordnung oder die Verteilung der Gelder auf die verschiedenen Posten ist ganz generell nicht so gelungen, wie die Regierung es behauptet.

Auf der Ebene der Selbstdarstellung einer Regierung und ihrer Regierungskunst um die erfolgreiche Bewältigung schwieriger Aufgaben wird das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Umschichtung der 60 Mrd. Euro von einem Ressort zum anderen zur gleichen Sache wie der Klimawandel oder die Beteiligung an einem Krieg: Alles ist gleichermaßen eine Herausforderung an die Regierungskunst, diese Problemlagen zu bewältigen. Für das „penetrante Eigenlob“ (Anfang 2. Abs.), mit dem die Regierung sich präsentiert, sind all diese Punkte gleich geeignet.

95 — *Ich verstehe nicht, wieso diesem „Eigenlob“ im Text so viel Bedeutung beigemessen wird.*

— *Festgehalten wurde, dass der Haushalt und die Debatte darüber die staatlichen Zwecke, also das, was der Staat seinen Bürgern und auch der Außenwelt zumutet, verwandelt in Aufgaben, in Schwierigkeiten, die von der Regierung zu bewältigen sind.*
100 *Unter dem Gesichtspunkt der Schwierigkeiten für eine Regierung werden dann ein Verfassungsgerichtsurteil und der Krieg in der Ukraine das Gleiche: Problemstellungen, für deren Bewältigung die Regierung sich lobt. Das ist die Leistung dieses Eigenlobs.*

— Die von der Öffentlichkeit gepflegte Sorge, ob mit unseren Geldern verantwortungsvoll umgegangen wird und unsere Steuergelder für die einzelnen Ressorts gemäß ihrer
105 Wichtigkeit richtig eingesetzt werden, unterstellt, dass es die Aufgabe der Politiker sei, mit größter Umsicht zu handeln, damit der Haushalt tatsächlich verantwortungsvoll und zugunsten des nationalen Wohlstandes bewältigt wird. Das ist der schräge Blick auf die Herrschaftszwecke, die hier als einzelne Haushaltsposten vorkommen.

Dazu passt, dass das Verfassungsgericht die Regierung lediglich zu einer anderen Art der
110 Buchführung genötigt hat und nicht dazu, irgendetwas bestimmtes zu unterlassen oder zu finanzieren. Auch die Debatte dazu dreht sich allein darum, ob verantwortungsvoll und gut regiert oder mit Tricks gearbeitet wurde.

Soweit der Einstieg des Artikels zum Aufstellen eines Haushaltes und zu den alljährlich stattfindenden Haushaltsdebatten: Beim Aufstellen geht es darum, was sich die Regierung
115 vornimmt. In der Debatte darüber wird die Frage gewälzt, wie gut es der Regierung jeweils gelingt, erfolgreich ihre Vorhaben per Haushalt in die Welt zu setzen. Zur Behauptung dieses Artikels: Auch wenn in dieser aktuellen Haushaltsdebatte in der üblichen Art gestritten wird, ist doch einiges an Besonderheiten zu bemerken. Woran liegt das? Wofür braucht Deutschland so viel Geld?

120 I. 1.

Die Zitate auf S. 52, letzter Absatz sind Beispiele für dieses Argumentationsmuster der
Regierungsparteien: Es wird eine veränderte sicherheitspolitische Lage festgestellt und so
getan, als würde die Deutschland etwas gebieten. Sachlich bezieht sich die Regierung in
ihren Folgerungen natürlich auf diese Lagen, aber eben gemäß den deutschen Interessen, die
125 auf die Weise unwidersprechlich sein sollen. Worin bestehen die deutschen Interessen hier und heute, welchen imperialistischen Gehalt haben sie?

— Aus der „Lage“ im Ukraine-Krieg ziehen unsere Politiker den Schluss, dass dort die
Sicherheit Europas und Deutschlands verteidigt werden muss. Weshalb Deutschland mehr
Geld für Waffen braucht, die 1. dorthin geliefert werden und die 2. für unsere
130 Selbstbehauptung in der militärischen Konkurrenz der Nationen nötig sind. Auch weil die amerikanische Unterstützung in Frage gestellt ist, wenn Trump wieder Präsident wird oder aus anderen Gründen die USA den Ukraine-Krieg anders gewichten. Aus dieser Lage wird der Haushaltsbedarf fürs Militär abgeleitet. Zur ökonomischen Konkurrenzlage stellen sie bezüglich Digitalisierung und Umstellung auf klimaneutrale Technologien fest, dass
135 Deutschland sich behaupten müsse gegenüber den Großmächten, die genügend Mittel haben, diese Konkurrenz für sich zu entscheiden. Auch hier müsse viel Geld verwendet werden, um die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands an vorderster Front aufrecht zu erhalten. So wird der besondere Geldbedarf gefolgert aus der globalen politischen und ökonomischen Konkurrenzlage, was sie „Zeitenwende“ nennen.

Der imperialistische Gehalt dieser Haushaltsdebatte ist der in ihr formulierte gewaltige
Anspruch, Deutschland militärisch und ökonomisch so aufzubauen, dass es einerseits einer
Militärmacht wie Russland ebenbürtig wird und ihr kriegstüchtig gegenüber treten kann.
Andererseits darf dieses groß angelegte Aufrüstungsprogramm keinesfalls zu Lasten des
anderen deutschen Großvorhabens gehen, sich in der ökonomischen Konkurrenz mit den
145 USA und China so aufzustellen, dass sich Deutschland ihnen gegenüber erfolgreich behaupten kann. Und das nicht nur, um irgendwie mitzumischen, sondern auch um ebenbürtig Maßstäbe in der internationalen Konkurrenz setzen zu können.

— Die Haushaltsposten des Rüstungsprogramms und der ökonomischen
„Modernisierung“ werden von der Politik als Sachzwänge vorgestellt. Dabei ist ein solcher
150 imperialistischer Aufbruch die Entscheidung der Politiker, was man ihren Verlautbarungen dazu auch entnehmen kann.

Und diese Entscheidung wird verkauft als Bedingung „unserer“ Existenz in der Frage der Sicherheit und des Wohlstands. ‚Sachzwang‘ ist dagegen fast eine beschönigende

155 Beschreibung der Notwendigkeiten, die die Regierung für sich sieht: Die Nation *muss* in bisher nicht gekanntem Ausmaß verteidigt werden und für eine führende Position in der internationalen Konkurrenz *muss* sie sich ganz neu aufstellen. Das wird einerseits als eine außerhalb der Regierung liegende Notwendigkeit im Interesse der Nation beschrieben, andererseits als Wille zur militärischen Aufrüstung, Sanierung der nationalen Infrastruktur usw.

160 Das ist die Art und Weise, *wie* die Politik ihr Vorhaben präsentiert. In der Sache haben all die Debatten darüber, wie die Notwendigkeiten deutscher Politik künftig per Haushalt finanziert werden können, zum Ausgangspunkt, dass die Nation sich etwas vornimmt, das die „normalen“, bisher üblichen Haushalte sprengt. Unter dem Titel *Zeitenwende* hat sich die Politik tatsächlich ein Programm der militärischen Aufrüstung und ökonomischen
165 Neuaufstellung verordnet, das einen bisher nie dagewesenen Finanzbedarf entstehen lässt: die Neuaufstellung als eine Macht, die militärisch Russland Paroli bieten kann, und die Neuaufstellung der ökonomischen Grundlagen der Nation, so dass man mit China und den USA konkurrieren kann. Dieses doppelte Programm ist der Grund dafür, dass in Sachen Haushalt ein Finanzbedarf angemeldet wird, der notwendigerweise die Frage aufwirft,
170 woher dieses Geld kommen soll.

— *Die Politik macht zwar ihre eigenen Vorgaben und setzt ihre Ziele, aber sie reagiert auf eine neue politische Weltlage, in der der bisherige Erfolgsweg der Nation als Exportweltmeister mit gesicherten Rahmenbedingungen beschnitten wird von anderen Nationen: Dass die USA nicht mehr sichere Partner sind; dass die Russen rote Linien
175 überschritten haben, Krieg führen und sich nicht abschrecken lassen; dass die Amerikaner 500 Mrd. Dollar auflegen, um die Digitalisierung voran zu treiben.*

Das ist kein gegeneinander auszuspielendes Zwar-Aber: Das eine betrifft die Art, wie die Politiker ihre Vorhaben präsentieren, als unabdingbare ihnen vorausgesetzte Sachzwänge. Das andere bezieht sich auf die Sache selbst: Die deutsche Nation ist tatsächlich damit
180 konfrontiert, dass ‚Russland die europäische Friedensordnung angreift‘, so ihre Lesart, dass die USA und China jeweils von sich aus eine Konkurrenzoffensive starten. Dazu stellt sich die deutsche Politik und zieht ihre Schlüsse: Sie will sich von Russland unabhängig machen, kann daher kein russisches Gas mehr kaufen und muss auf diese bisher so lukrativen Märkte verzichten. Vor allem will man sich Russland nicht mehr als Partner, sondern muss sich ihm
185 als Feind mit einer Militärmacht widmen, der man militärisch gleichgewichtig entgegentreten können will. Entsprechend auf der ökonomischen Seite: Der vielzitierte Spruch, man müsse aufpassen, „nicht zwischen Amerika und China zerrieben zu werden“, meint, man will selber in der Lage sein, im Verhältnis zu diesen potenten Wirtschaftsmächten Maßstäbe für die Konkurrenz zu setzen.

190 — *Dabei ist die Behauptung, dass die Sorge um den Wohlstand der Bevölkerung der Regierung diesen Sachzwang aufmachen würde (siehe das Zitat auf S. 53), eine Lüge. Deren imperialistisches Aufbruchsprogramm ist umgekehrt eher eine Zumutung und Gefährdung für Leib und Leben der Bevölkerung.*

— *Wenn von Wohlstand die Rede ist, wird allerdings immer schon daran gedacht, wie der
195 Staat dasteht und nicht daran, wie es den Leuten geht. Auch die denken – unter Abstraktion von ihrer persönlichen Existenz – gleich daran, wie der Staat dasteht.*

Beides ist gerade der agitatorische Trick an der Redeweise vom Wohlstand: Der Mensch soll gar nicht unterscheiden zwischen seinem eigenen Fortkommen und dem Wachstum des Kapitals, des Standorts. „Wohlstand“ ist der falsche Zusammenschluss vom Wohlergehen
200 der Leute und dem der Nation.

Und der „nationale Wohlstand“, auf den sich die Politik hier beruft, hat eben den eigentümlichen Inhalt, dass es gar nicht reicht, Geld zu verdienen, neue Brücken zu bauen oder neue Technologien im Lande zu installieren. Nationaler Wohlstand besteht darin und umfasst, dass die Nation im Verhältnis zu den Konkurrenten *besser* dasteht, über
205 Technologien und Mittel der Ökonomie verfügt, die sie befähigt, die Konkurrenten

auszustechen. Nicht weniger braucht es für den nationalen Wohlstand und nur so ist er gesichert. Dieses Programm steht an.

Die eine Abteilung ist die Haushaltsdebatte: lauter Notwendigkeiten im Sinne des nationalen Wohlstands, weshalb der Haushalt so aussehen muss, wie er aussieht. Dabei wird darauf
210 gesetzt, dass die Leute denken, dass es beim nationalen Wohlstand doch immer auch irgendwie um sie gehe, ohne dabei nationalen Wohlstand mit ihrem Auskommen zu verwechseln.

Die andere Abteilung ist, dass die deutsche Regierung den nationalen Wohlstand nur dann
215 perspektivisch sichergestellt sieht, wenn sie sich, ihr Land und ihre Ökonomie in den Zustand versetzt, andere in der Konkurrenz auszustechen: über moderne Technologien und Produktionsweisen zu verfügen, die andere von diesen Technologien ausschließen und denen die Erfolge streitig machen. Wenn die Frage des nationalen Wohlstands so definiert ist, wird überdeutlich, dass es um viel mehr als befahrbare Brücken oder sauber gestrichene Schulen geht.

220 **I. 2.**

Die Tatsache, dass es sehr viel Geld über einen sehr langen Zeitraum braucht, beantwortet nicht die Frage, was daraus für den Haushalt folgt. Darüber gibt es Streit, im Artikel dargestellt einerseits am Standpunkt Habecks und andererseits an der Position Lindners. Mit dem Inhalt: Wie viel Verschuldung will, kann, soll sich Deutschland leisten? Muss die
225 Schuldenbremse modifiziert oder unbedingt eingehalten werden?

— *An den unterschiedlichen Positionen von Habeck und Lindner wird klar, beide sind sich in den Zielen der Politik einig: Deutschland braucht für den erfolgreichen Aufbruch die notwendigen Mittel. Habeck behauptet im Zitat (S. 54, o.), die Schuldenbremse sei für Deutschland in der jetzigen Weltlage ein Hindernis, denn Deutschland müsse sich stark
230 verändern. Die alten Vorgaben, mit denen Deutschland als Exportweltmeister erfolgreich war, seien nicht mehr gültig. Die Schuldenbremse müsse gelockert werden, weil der Kreditbedarf für die neuen Aufgaben, mit China mitzuhalten und militärisch groß zu werden, ein ganz anderer sei. Laut Lindner macht die Schuldenbremse die Kreditwürdigkeit aus, deshalb müsse sie eingehalten werden. Nur so bekäme Deutschland den Kredit, mit dem es
235 seine Aufgaben schultern könne.*

— *Habeck will die Verfassungsrechtslage modifizieren, weil sie Deutschland seiner Meinung nach fesselt. Die Bedingungen, die für den Erfolg Deutschlands als Exportweltmeister gegolten haben – wie billige Energie aus Russland und der militärische
240 Aufbruchsprogramm der Nation, in der weltweiten Konkurrenz so zu bestehen, dass es sich gegen Amerika und China behaupten kann, nicht mehr tauglich ist.*

— *Wenn Habeck meint, die Schuldenbremse müsse intelligenter angelegt werden, weil sie so nicht mehr tauglich sei, will er trotzdem aufrechterhalten, dass Deutschland sparsam wirtschaftet und für die Finanzmärkte vertrauenswürdig ist. Die Schuldenbremse soll es in
245 einer flexiblen Form weiter geben, so dass der Staat über den Kredit verfügt, den er braucht.*

Habeck betont: Was an Finanzierungsbedarf für Konkurrenzfähigkeit und Militär ansteht, ist unabdingbar und muss sein. Daran, dass *jetzt* diese Mittel aufgebracht werden, hängt die Zukunft der Nation.

Mit dem prinzipiellen Befund, dass sich die Zeiten geändert haben, weist der
250 Wirtschaftsminister darauf hin, dass sich die Schuldenbremse, die Deutschland sich und den anderen EU-Staaten verordnet hat, für Deutschland als gutes Mittel bewährt hat. Mit den billigen Energiequellen und den geringen Militärausgaben als Bündnispartner der USA und Mitglied der NATO verfügte Deutschland über die ökonomischen Potenzen, um sich sehr erfolgreich auf den auswärtigen Märkten durchzusetzen. Auf dieser politökonomischen
255 Grundlage konnte es sich leisten, Kredit nur in den vorgegebenen Mengen aufzunehmen und so für ein solides Geld für weitere Erfolge zu sorgen. Habeck verweist auf den

ökonomischen Erfolg, den die Schuldenbremse für Deutschland bedeutet hat, sieht aber die Grundlage dafür nicht mehr gegeben. Daraus zieht er den Schluss, dass sich Deutschland mehr Schulden leisten muss zumindest für die Zeit, bis Deutschland diesen Zustand wieder hergestellt und die Bedingungen einer erfolgreichen ökonomischen Betätigung in aller Welt und gegen alle Konkurrenten erreicht hat. Das müsse und könne es sich auch leisten, weil es nur so die solide Grundlage für seine künftigen ökonomischen Erfolge schafft.

— *In einer anderen Diskussion wurde das Argument, Deutschland wolle seine Konkurrenz- und Gewaltbedingungen als Konkurrenzsubjekt in der Welt „selbst im Griff haben“ (S. 54 u.) und gegenüber allen Konkurrenten einen Vorsprung erlangen, als übertrieben und realitätsfern zurückgewiesen.*

Der Maßstab dafür ist aber doch nicht die Realität, sondern das, was die deutsche Politik sich vornimmt – die Erreichbarkeit spielt da erst einmal keine Rolle.

Bezogen auf Habecks Programm zur Modernisierung der Ökonomie, also der Einführung neuer Technologien wird im Artikel (S. 53) darauf hingewiesen, dass vom Standpunkt dieses Programms die schönste Technologie nichts nützt, wenn man bloß besser telefonieren kann, die Konkurrenten aber ebenfalls über diese Technologien oder sogar über eine bessere verfügen. Also kommt es bei der Entwicklung der Technologien darauf an, so exklusiv zu sein, dass die Konkurrenten sie nur nach den Maßgaben Deutschlands verwenden können. Nur dann ist die Entwicklung einer neuen Technologie ein Mittel für den Erfolg in der Konkurrenz, wenn man einen Konkurrenzvorsprung vor allen Partnern und Rivalen hat.

Die Formulierung, man müsse „die Konkurrenz- und die Gewaltverhältnisse selbst im Griff haben“ (S. 54, u.) bezieht sich auch darauf, wie Deutschland vorher mit seinen günstigen Voraussetzungen einer sicheren Energieversorgung, gesicherten Absatzmärkten und einer verlässlichen und günstigen militärischen Absicherung durch die USA seine Lebensbedingungen im Griff hatte und ökonomisch Erfolg hatte. Die Haltung der Politik ist: Wenn das nicht mehr gegeben ist, muss man selbst entsprechende Verhältnisse herstellen. Das heißt für sie: die Energieversorgung muss gesichert sein, Deutschland muss erfolgreich auf den weltweiten Absatzmärkten tätig sein und selbst mehr für die militärische Absicherung seines Zugriffs auf die Weltmärkte sorgen. Diese solide Grundlage für die ökonomischen Erfolge soll durch sehr viel Geld und Kredit wiederhergestellt werden, wofür es eine Modifikation der Schuldenbremse braucht. Wo ist das eine Übertreibung?

— *Der Einwand hieß, dass Deutschland diese Potenz, ‚selbst‘ alles in die Hand zunehmen, also auch die militärische weltweite Absicherung, nie und nimmer hat.*

— *Das ‚selbst‘ bezieht sich darauf, dass dieses „Geschenk geklärter Gewaltverhältnisse und Konkurrenzbedingungen“ (S. 54) verloren gegangen ist. Deutschland befindet sich politökonomisch seit dem Krieg in einer ganz neuen Lage, der es sich mit der Zeitenwende stellt. Die bisherige Lebensgrundlage der Nation ist – laut Habeck – weggebrochen. Insofern ist dieses ‚selbst‘ eine Herausforderung an die Nation, die Bedingungen, über die sie früher verfügt hat, wieder selber herzustellen.*

‚Wieder‘ stimmt nicht: Mit dem „Geschenk geklärter Gewaltverhältnisse und Konkurrenzbedingungen“ ist ja angesprochen, dass andere Nationen etwas geleistet haben, was Deutschland ausnutzen konnte. Das ist nun verloren. Darum muss Deutschland jetzt eben *selbst* auf Konkurrenzbedingungen, Gewaltmittel und Geschäftserfolge hinwirken, auf denen es aufbauen kann.

— *Habeck nennt auch seine finanzpolitischen Vorstellungen. Er rechtfertigt den gewaltigen Kreditbedarf Deutschlands durch den vorweggenommenen Erfolg. Er ist sich sicher, dass das Ganze von Erfolg gekrönt und dadurch die hohe Verschuldung gerechtfertigt ist.*

Er argumentiert für ein vorübergehendes Aufheben der Schuldenbremse nach genau der Logik: Wir genehmigen uns zwar aktuell mehr Kredit, als wir uns bisher eingeräumt haben. Aber die Verwendung dieses Kredits für unsere Ertüchtigung als militärische und

ökonomische Macht wird durch den ökonomischen Erfolg, der dadurch herbeigeführt wird, gerechtfertigt. Dabei macht er keine Prognose, sondern erläutert, was *er* für den Erfolgsweg der Nation hält. Diese Investitionen müssen sein, um sich gegen China und Amerika durchzusetzen. Für diese Konkurrenzanstrengung sind sie unverzichtbar.

— *Auch Habeck will ja diese Schulden über das Finanzkapital abwickeln. Er geht davon aus, diese Schulden machen zu können, weil er so den Konkurrenzserfolg absichert.*

Habecks Argument bei der Schuldenaufnahme ist, dass das so ein unschlagbar gutes Angebot fürs Finanzkapital ist. Daher ist er sich sicher, dass er den Kredit bekommt. Denn er bürgt ja dafür, dass der Kredit für den ökonomischen Erfolg Deutschlands verwendet wird, also für nichts ‚Überflüssiges‘.

— *Er hält es für eine attraktive Anlage fürs Finanzkapital, denn damit wird der imperialistische Erfolg Deutschlands finanziert.*

Es ist aber nicht nur seine Sichtweise, sondern er ist ja ein tätiges Subjekt der Politik, die die aufzunehmenden Schulden für das Wahrwerden dieser Perspektive der militärischen und ökonomischen Neuaufstellung der Nation einsetzt. Er begründet die Notwendigkeit der Schuldenaufnahme, weil das Geld für diesen Erfolg gebraucht und eingesetzt wird: Mit dem Kredit wird der Erfolg herbeiregiert, der die Kreditaufnahme im Nachhinein rechtfertigt. Es ist das Angebot an das Finanzkapital: Ihr könnt euch mit eurem Geld an unserem herbeiregierten Erfolg beteiligen. Indem ihr dem Staat Geld leiht, seid ihr am Erfolg der deutschen Nation, die sich ganz neu aufstellt und in der Welt der Konkurrenz behauptet, beteiligt.

Wenn Deutschland sich für diese Vorhaben verschuldet, setzt es darauf, dass es ein Angebot ans internationale Finanzkapital ist, auf diese Vorhaben Deutschlands zu spekulieren und dafür deutsche Wertpapiere zu kaufen. Beide, Habeck wie Lindner, legen den Erfolg der Nation in die Hände des Finanzkapitals, dem sie mit ihrer Politik ein Angebot machen.

I. 3.

— *Auf S. 55 heißt es, „Lindner und Co“ brächten die Schuldenbremse „nicht als Fessel, sondern als positive Bedingung der finanziellen Handlungsfreiheit“ ins Spiel. Ist das nicht widersprüchlich: Die Bremse, also eine Beschränkung der Schulden, soll zugleich die Garantie für die Freiheit im Verschulden sein, also eine Entschränkung?*

Für Lindner braucht es die Schuldenbremse für die ausgezeichnete Bonität des Landes. Damit sagt er, Deutschland müsse jetzt darauf achten, seine Finanzmacht zu pflegen, um sie bei Bedarf jederzeit einsetzen zu können. Seiner Ansicht nach ist die Nation bei dem, was sie sich vorgenommen hat, darauf *angewiesen*, als solider Schuldner bewertet zu werden. Andernfalls kann sie sich nicht den Kredit nehmen, den sie braucht. Das macht er an den niedrigen Zinsen fest: Dass Deutschland als vertrauenswürdiger Schuldner so gut dasteht, kommt daher, dass es bisher so solide mit seiner Verschuldung gewirtschaftet hat. Logischer als die Habeck-Position ist das auch nicht. Der vertritt ja, dass sich Deutschland gerade jetzt mehr verschulden muss, um weiterhin so gut dazustehen. Lindner und Habeck stehen auf der jeweils anderen Seite des Credos, dass Schulden dafür da sind, einen ökonomischen Erfolg herbeizuregieren, der im Nachhinein den aufgenommenen Kredit rechtfertigt.

Was Habeck und Lindner wollen, steht erst einmal im Widerspruch zueinander. Aber auch wenn Lindner sagt, die Schuldenbremse müsse eingehalten und dürfe nicht modifiziert werden, hat das nichts mit Sparsamkeit zu tun. Er will das Ausmaß der Verschuldung beschränken, um der besseren Verschuldung willen. Habeck betont die Seite der notwendigen Aufgaben, die ohne weitere Verschuldung nicht zu stemmen sind. Darüber streiten sie. Im Artikel heißt es dazu lapidar „und dann finden sie einen Kompromiss“. Beide bekommen Recht und der Streit, wie das umzusetzen ist, geht weiter, z.B. durch mehr Sondertöpfe oder Deklarieren von Ausnahmen, Modifikation der Schuldenbremse und was ihnen sonst alles einfällt. So führen sie ihre Haushaltsstreitigkeiten fort.

— *Aktuell sind sich Lindner und der Bundeskanzler einig, dass die Haushaltsressorts gedeckelt werden müssen. Alle müssen sich an die Vorgaben halten. Gleichzeitig gibt es aber neben dem zu beschränkenden Haushalt schon Sondertöpfe für die als unbedingt notwendig befundenen Aufgaben.*

Und es gibt die Perspektive, weitere Sondervermögen einzurichten, Sondertöpfe für den Fall einer neuen Flutkatastrophe und dafür, dass der Ukraine-Krieg einen entsprechenden Verlauf nimmt.

365 — *Was leistet es, wenn sie sich so von beiden Seiten her daran abarbeiten? Ist die Botschaft ans Finanzkapital: wir haben die Schuldenbremse im Blick, wenn wir unsere Programme anpacken, aber am Geld darf es nicht scheitern?*

370 Letzteres beinhaltet die Botschaft ans Finanzkapital: Das Geld, der Kredit, den wir ausgeben, dient der Solidität des Standorts sowohl ökonomisch als auch machtmäßig. Nur dafür wird das Geld ausgegeben! An den richtigen Stellen wird schon gespart!

375 Der riesige Finanzbedarf resultiert aus dem doppelten Programm Innovation und Kriegstüchtigkeit und ist ein Programm, das vom Geldbedarf her jeden bisherigen Haushalt sprengt. Dazu braucht es die Neupositionierung und eine Neuorganisation des ganzen Haushaltswesens. Dieser sachliche Grund ist der Ausgangspunkt für den Streit um die Gestaltung dieses Finanzierungsbedarfs unter Einbeziehung des Finanzkapitals. Dazu proklamiert die Politik: Egal auf welchem Weg, alles ist nützlich dafür zu machen, *Deutschland voranzubringen* und damit ein Argument *für* das Finanzkapital!

380 So geht der Artikel in II. weiter. Praktisch geht es weiter hin und her mit Schuldenbremse und Sondertöpfen usw., theoretisch interessant ist aber, was man daraus über das Verhältnis zwischen dem Staat und dem Finanzkapital lernen kann.

*

385 **Der nächste Jour fixe findet am 10. Juni 2024** statt. Thema ist der Haushalts-Artikel ab Punkt II. Im Anschluss wird der Artikel „Zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU – für die europäische Zeitenwende“ (GS 1-24) anhand der wesentlichen Argumente und Fragen dazu besprochen.